

Herr Sebastian Olbrich
Frau Julia Schultheiss

AfD
anerkannte freie Träger

nicht entschuldigt
entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Martina Trauth

entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 26.11.2020 und 17.12.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam"
Vorlage: 20/SVV/1273
Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kolesnyk, eröffnet die Sitzung als Videokonferenz/ Hybridsitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 26.11.2020 und 17.12.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 26.11.2020. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 17.12.2020. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung merkt Frau Tietz an, dass unter **TOP 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII** im Bericht der AG JuFö der folgende Satz folgendermaßen geändert werden sollte: „Sie ~~verweist im Namen des~~ **berichtet vom AKKJ von** Irritationen bei den Fachkräften der Kinder- und Jugendclubs bezüglich des Schreibens des Jugendamtes mit der Bitte um Beratungsbereitschaften zwischen den Feiertagen.“ Die so geänderte Fassung wird einstimmig **angenommen**.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass unter **TOP 3 Informationen des Jugendamtes** folgende unbeantwortete Fragen vom letzten JHA im Dezember aufgegriffen werden:

- Wie viele MA des FB 23 für Pandemie-Bewältigung eingesetzt?
- Stand Rückzahlung
- Umsetzungsstand Elternbeitragsordnung
- Umsetzungsstand Mittagessen im Hort
- Übersicht Dolmetscherleistungen

Zusätzlich wird zur aktuellen Pandemielage bezüglich Kitas und Schulen berichtet werden.

Weiterhin setzt Frau Aubel die Mitglieder darüber in Kenntnis, dass die Drucksache zum **TOP 7.1 Handlungskonzept „Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam“, 20/SVV/1273** verwaltungsseitig in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen wird, da eine Überarbeitung erfolgen wird. Frau Pohle bietet an

das Feedback zum Konzept vom Migrantenbeirat sowie Beirat für Menschen mit Behinderung einbringen zu können, da dieses dort bereits vorgestellt wurde. Frau Aubel bestätigt, das Angebot gern anzunehmen. Der Jugendhilfeausschuss stellt mit Beschluss über die Tagesordnung fest, dass die Vorlage zurückgezogen wird und nimmt sie von der Tagesordnung.

Die so geänderte Tagesordnung wird von Herrn Kolesnyk zur Abstimmung gestellt und einstimmig **angenommen**.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

Regelung Kita/ Schule ab 11.01.2021

Frau Aubel berichtet, dass die aktuellen Regelungen für die Schulen weiterhin bis zum 14.02.2021 gelten werden. Das heißt ausschließlich die Abschlussklassen werden in Präsenzform beschult, alle anderen im Distanzlernen. Für die erste bis vierte Klasse sowie in Ausnahmefällen auch für fünfte und sechste Klassen wird die Notbetreuung im Hort angeboten.

Aktueller Stand für Kitas nach der Entscheidung des Bundes sei laut Frau Aubel, dass ab nächster Woche diese eventuell wieder geöffnet werden, jedoch weiterhin mit dem dringenden Appell an die Eltern, ihre Kinder nur zu schicken sofern keine andere alternative Betreuung möglich sei. Explizit für das Land Brandenburg lege aber bis dato noch keine schriftliche Verordnung vor, mit dieser werde am nächsten Tag gerechnet.

Unabhängig davon habe der Krisenstab ein Stufenkonzept entwickelt. Grundlage dafür seien diverse Indikatoren, d.h. es wird nicht nur der Inzidenzwert berücksichtigt, sondern auch das Infektionsgeschehen in der Region, wie entwickelt sich die Inzidenz, wie ist die Auslastung der Intensivbetten in den Krankenhäusern. Die Potsdamer „Corona Ampel“ entscheidet dann je nach Farbe über die jeweils einzuleitende Maßnahme. Aktuell stünde die Ampel auf gelb, da der Inzidenzwert sowie die anderen Faktoren gesunken seien. Frau Aubel sichert den Trägern für den kommenden Montag eine Onlineberatung zum Stufenkonzept mit der Verwaltung zu.

In der anschließenden Diskussion werden u.a. einheitliche Schutzmaßnahmen für Erzieher gefordert. Frau Aubel erläutert, dass das Stufenkonzept die Verpflichtung zum Tragen von Masken und die Durchführung von Spuckschnelltests vorsehe. Weiterhin weist sie darauf hin, dass der Schutz der Mitarbeiter zunächst Aufgabe des Arbeitgebers sei, d.h. der freien Träger. Diese könnten jederzeit ihre expliziten Bedarfe und Wünsche an die Verwaltung richten (z.B. FFP2 Masken). Die werde sich dafür einsetzen, dass diese Mehrbedarfe im Rahmen der BKA abgerechnet werden könnten.

Auf Nachfrage berichtet Frau Schelle, dass die Notbetreuung für Eltern-Kind-Gruppen sowie AKi (andere Kindertagesbetreuung im Grundschulalter) dieses Mal nicht ausgenommen sei. Eine Notbetreuung in diesen Einrichtungen kann unter Einhaltung der Rahmenbedingungen und des Hygieneplans angeboten werden.

Frau Tietz erläutert zu den seit einigen Tagen in den Kinder- und Jugendclubs stattfindenden Unterstützungsangeboten. Diese Gruppenangebote mit maximal fünf

Teilnehmern richte sich an Kinder- und Jugendliche. Die Anmeldung erfolge über die Schulen, bisher seien aber noch freie Plätze vorhanden.

Herr Kulke begrüßt die Unterstützung durch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendclubs. Er regt an weitere Ressourcen für Kinder aus problematischen Kontexten zu nutzen, z.B. auch in Stadt- und Ortsteilen Potsdams, wo der Bedarf und die Auslastung bisher nicht so hoch seien. Frau Aabel mahnt zur Vorsicht, da man keine Parallelstruktur aufbauen sollte und die Eindämmung Vorrang habe. Die Anregung nimmt sie nichtsdestotrotz gerne mit. Herr Otto fragt, ob dafür temporäre pädagogische Tagesgruppen in Frage kommen würden. Laut Frau Reisenweber sei dies mit einem langwierigen Betriebserlaubnisverfahren zwischen MBSJ und Verwaltung verbunden und nicht kurzfristig umsetzbar. Sie ergänzt, dass in einigen Stadtteilen Potsdams jedoch bereits Angebote für Kinder mit besonderem Bedarf bestehen würden.

Zum Abschluss der Diskussion informiert Frau Pohle darüber, dass die Richtlinie zur Integrationspauschale letzte Woche rausgekommen sei. Für Kinder mit Migrationshintergrund gebe es jetzt einen Antrag auf zusätzliche pädagogische Unterstützung und Lernbegleitung (Begleitung im Distanzlernen, Begleitung in Gemeinschaftsunterkünften).

Wie viele MA des FB 23 für Pandemie-Bewältigung eingesetzt?

Frau Aabel informiert, dass momentan insgesamt 36 Mitarbeiter des Fachbereiches 23 (von insgesamt ca. 300 Mitarbeitenden) in den Bereichen des Pandemiemanagements eingesetzt seien. Eine Anpassung dazu erfolge je nach aktuellem Bedarf. Die Abordnungen gelten teilweise bis zum 31.03.2021. Die Arbeitsfähigkeit sei dadurch stark eingeschränkt, viel Arbeit bleibe liegen. Frau Aabel bittet um entsprechende Berücksichtigung dieses Umstandes, auch nach der Pandemie.

Stand Rückzahlung

Seit dem letzten Sachstandsbericht im JHA am 26.11.2020 sei aufgrund nicht erneut erfolgter Erhebungen kein neuer Stand zu vermelden. Dies könne in den nächsten Sitzungen des JHA nachgereicht werden.

Umsetzungsstand Elternbeitragsordnung

Im Hinblick auf das nächste Kita Jahr solle im März in der Stadtverordnetenversammlung über diverse Varianten berichtet werden. Anfang Dezember wurden die Träger erneut angeschrieben, um Angaben von 2019 für die Berechnungen abzufragen. Von 39 Trägern habe man bis jetzt Rückmeldungen erhalten oder liegen Daten aufgrund der Einvernehmensherstellung vor, von 9 Trägern liegen alle Daten vor, die man für die Prüfung braucht. Von 9 Trägern fehlt jegliche Rückmeldung. Damit sei keine valide Berechnung möglich. Die Abfrage werde erneut erfolgen. Sollten jedoch keine weiteren Rückmeldungen von den Trägern kommen, müsse man der SVV übermitteln, dass ein Prüfauftrag nicht adäquat ausgeführt werden könne.

Frau Frenkler bietet an den Kontakt mit den ausstehenden Trägern herzustellen, um die benötigten Angaben zu ermitteln.

Umsetzungsstand Mittagessen im Hort

Mit Schreiben der Verwaltung vom 30.09.2020 wurden die Träger beauftragt, Kinder mit Mittagessen zu versorgen und nur die „häusliche Ersparnis“ in Rechnung zu stellen. Nach dem Austausch in der AG 78 am 27.10.2020 zur Umsetzung des Versorgungsauftrags sollten bis zum 05.12.2020 die Probleme nochmals benannt (bezüglich Umsetzung und bitte schriftliche Stellungnahme der AG 78) werden.

Der Auftrag wurde „durch Verwaltungshandeln als erledigt“ erklärt, was sich in der Sache auf die Höhe der Gesamtfinanzierung bezieht.

Grundsätzlich begrüßen die Träger das Ziel, die Eltern zu entlasten. Dennoch sehen sie vielfältige Umsetzungsschwierigkeiten:

Herausforderung / Verfahrensvorschlag Träger	Lösung / Hinweis LHP
Blick auf die Betriebserlaubnis (MBS) u.a. zu räumlichen Auswirkungen	einzelfallbezogene Klärung unter Hinzuziehung des MBS
hoher Verwaltungsaufwand bei Trägern (Catererabsprachen durch Träger)	ja, durch Neuregelung
unklare Rechtssituation hinsichtlich des Zeitpunkts der Zuständigkeit (Aufsicht bei Schulessen, Hortessen)	Folge: Vereinbarung zwischen Hort- und Schulträger bzw. zwischen Hort und Schule (Zuständigkeit bezogen auf Kinder mit Betreuungsvertrag) erforderlich
Caterer verweigern ggf. Offenlegung von Kalkulationen → ist verpflichtet häusliche Ersparnis festzulegen	aktuell klärt der Bereich Bau / Betrieb Schule durch Kontaktaufnahme mit jedem Caterer das Erfordernis der Offenlegung
Vorzugsvariante zum Verfahren (Rückmeldung eines Trägers): Hortträger erhebt nach einer durch die LHP festgelegten Höhe die häusliche Ersparnis und regelt im Rahmen des Betreuungsvertrages, Hortträger führt Anteil an die LHP ab, LHP regelt weiteres Verfahren mit Caterer	- nach interner Prüfung nicht möglich, da eine Abführung an LHP nicht möglich → kein vertragliches Verhältnis mit Caterern - Hortträger bekommen durch Pauschalfinanzierung eine Pauschale für das Mittagessen

Die Klärung der Verfahrensmöglichkeiten soll zum Ende der 4. KW abgeschlossen werden. Die LHP bekräftigt die Unterstützung für die freien Träger bei der Umsetzung im jeweiligen Einzelfall.

Frau Schelle sichert zu, dass in der nächsten Sitzung der AG 78 Rückmeldungen zum aktuellen Umsetzungsstand eingeholt werden und erneut im JHA berichten wird.

Übersicht Dolmetscherleistungen

Frau Reisenweber berichtet, dass seit 2010 eine Richtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Sprachmittler-, Dolmetscher und Gebärdendolmetscherleistungen für Kinder und Jugendliche sowie volljährige Schülerinnen und Schüler mit Hauptwohnsitz in der Landeshauptstadt Potsdam vorliege. Dafür wurden finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt. Bei der Antragsstellung wird nach zwei verschiedenen Kriterien unterschieden: berechnete Personen und Einrichtungen können entsprechende Anträge einreichen. Die Anträge sind im Internet unter www.potsdam.de hinterlegt. Die vollständigen Antragsunterlagen sind mindestens 7 Tage vor dem geplanten Übersetzerereinsatz einzureichen. In Notsituationen sowie drohender Gefährdung des Kindeswohls kann sofort ohne vorherige Antragstellung ein Übersetzer in Anspruch genommen werden. Der Antrag ist mit hinreichender Begründung umgehend nachzureichen. Die Bearbeitungsdauer ist abhängig von der Vollständigkeit der Antragsunterlagen und der Erreichbarkeit des Dolmetscherbüros. In der Regel sind die Anträge in einem Tag bearbeitet, einschließlich Unterschriftsgang. Im Jahr 2020 wurden 175 Anträge gestellt, u.a. von 14 Potsdamer Schulen, Kinder- und Jugendclubs, Kitas sowie berechtigten Personen (z.B. für Facharztbesuche).

Die Verwaltung werde das Angebot in Zukunft noch mehr bewerben. Frau Pohle bietet an auch in den Gemeinschaftsunterkünften Werbung dafür zu machen.

Sonstiges

Auf Nachfrage durch Herrn Otto erläutert Frau Reisenweber, dass Angleichungen an Pauschalen für Pflegeeltern von Vollzeitpflegestellen entsprechend des Deutschen Vereins e.V. jedes Jahr vorgenommen werden. Aufgrund der aktuell angepassten Arbeitssituation in der Verwaltung (Homeoffice etc.) erfolge die Auszahlung des Pflegegeldes bis Juni 2021 jeweils für zwei Monate im Voraus. Über die veränderten Auszahlungsmodalitäten sei die gemeinsame Fachstelle Pflegekinderdienst informiert worden. Bei weiteren Fragen stehe man den Pflegestellen gern zur Verfügung.

Herr Ströber fragt, ob die im letzten JHA am 17.12.2020 angesprochene Verzögerung des Starts der Rufbereitschaft auch die Inobhutnahme betreffe. Frau Reisenweber bestätigt, dass u.a. auch innerhalb der Rufbereitschaft Inobhutnahmen außerhalb der regulären Dienstzeiten durchgeführt werden. Dies werde momentan noch über einen freien Träger abgedeckt, solle aber ab April 2021 durch den öffentlichen Träger übernommen werden. Innerhalb der Dienstzeiten des Jugendamtes führen die Mitarbeitenden des Jugendamtes die Inobhutnahmen durch.

PAUSE 18:15-18:30 Uhr

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP:

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 12.01.2021 per Videokonferenz getagt hat.

Im Rückblick auf dem JHA am 17.12.2020 spricht der UA JHP in Bezug auf die Stellenvergabe für „Die Arche“ eine dringende Empfehlung für zukünftige Prozesse aus: die Vergabe/ Umwidmung einer Stelle bedarf mehr Planungszeit und eine optimalere Bedarfsermittlung in den Sozialräumen.

Weiterhin werde man zur Wichtung der Pandemie-Schlussfolgerungen der Fach-AGs in einem separaten Termin (Verwaltung, Fach-AGs, UA JHP) zusammenkommen. Ein Ergebnis ist im nächsten UA zu erwarten, eventuell dann auch Empfehlung an JHA, Verwaltung und ähnliche.

In der kommenden Sitzung des UA JHP im Februar wird man sich mit der Themenplanung des UA für 2021 beschäftigen.

Die Träger fordern die Mitarbeiter im HzE-Bereich in die Impfstrategie zu integrieren. Der UA bittet die Verwaltung dies ggü. dem MBSJ zu forcieren.

Herr Ströber erinnert daran, dass die Stellungnahme zur SGB VIII Reform des gesamten Städte- und Gemeindebundes an den UA weitergeleitet wird (Vgl. Niederschrift JHA 26.11.2020), sobald diese vorliege. Dies sei laut Frau Reisenweber noch nicht der Fall.

AG Kita

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE:

Die AG hat nicht getagt. Herr Küken habe jedoch per E-Mail eine Abfrage gestartet. Ein schriftlicher Bericht wird dem Protokoll angefügt. (**Anhang 1**).

Frau Reisenweber sichert zu, dass die Anträge durch die Träger der stationären Hilfe momentan in der Verwaltung in Prüfung seien. Es werden jedoch noch weitere Informationen benötigt und man sei in enger Abstimmung mit dem MBSJ. Weiterhin werde sie intern eine Abstimmung bezüglich der gehäuft abgesagten Termine in der ambulanten Hilfe vornehmen, um sicherzustellen, dass keine Familien durchrutschen.

AG JuFö:

Frau Tietz berichtet, dass die AG am Dienstag per Videokonferenz getagt habe.

Sie bittet darum in den nächsten Sitzungen des JHA über den aktuellen Sach- und Planungsstand zum Ribbeck-Eck zu berichten.

Die AG wünsche sich eine bedarfsgerechtere Planung für Angebote in den Kinder- und Jugendclubs. Die Beratungsbereitschaften, die zwischen den Jahren geschaffen werden sollten, wurden so gut wie gar nicht genutzt.

Weiterhin begrüße man in der AG weiterhin die Idee der Bildung einer Task Force für spontane Reaktion in Pandemiezeiten.

Im Namen des AKKJ berichtet Sie, dass die Angebote zwischen Weihnachten und Neujahr vor allem von jüngeren als von älteren Kindern und Jugendlichen genutzt wurden. Die allgemeine Situation nehme man vor Ort als sehr angespannt wahr, d.h. es komme viel schneller zu Streit in den Kinderclubs. Auch der Bedarf bei Eltern sei hoch. Bei der Angebotsplanung für das Homeschooling stelle man immer wieder fest, dass die technische Ausstattung in den Clubs flächendeckend nicht ausreichend sei. Dazu wurden bereits Signale von den Clubs an das Jugendamt übermittelt. Weiterhin übernehmen die Fachkräfte vor Ort die Betreuung der Beschulungsaufgaben, obwohl sie keine Lehrkräfte seien. Dies führe zu anhaltender Überlastung. Man diskutiere im AKKJ das Datenschutzthema – dürfen Kids erfasst werden? Und man registriert, dass der öffentliche Raum momentan vor allem von männlichen Gruppen erschlossen werde, sich die Mädchen vorrangig im privaten Raum aufhalten. Diese müssten viele Tätigkeiten im häuslichen Umfeld übernehmen und werden von MitarbeiterInnen nur noch schwer erreicht.

Frau Tietz betont abschließend, dass die AG bei der Erarbeitung der neuen Stadtordnung (z.B. Planung von Skate- und BMX-Arealen) mit einbezogen werden möchte. Herr Kolesnyk bekräftigt, dass die Überweisung aus der SVV sicherlich auch in den JHA erfolgen werde.

ReqAG1:

Es erfolgte keine Berichterstattung.

ReqAG2:

Herr Küken habe per E-Mail eine Abfrage gestartet. Es gab jedoch nur eine Rückmeldung einer Kita im Stadtteil Drewitz. In den Schwerpunktsozialräumen sei der aktuelle Leidensdruck sehr hoch. Man wünsche sich weiterhin eine rechtzeitige Beschlussfassung und Weiterleitung bezüglich der Eindämmung auf Landesebene.

ReqAG3:

Herr Papadopoulos berichtet, dass die letzte Sitzung im Oktober stattfand. Frau Goldberg übernehme seitdem die kommissarische Leitung der AG. Ein neuer Sitzungstermin sei für Ende Februar angedacht. Die RAK tage am 17.02.2021.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Frau Buhr informiert darüber, dass das Deutsche Jugendinstitut eine Zusammenfassung bezüglich Kita und Schule deutschlandweit veröffentlicht habe, welches sie den Mitgliedern des JHA gerne zur Verfügung stellen würde.

Weiterhin verweist auch sie darauf, dass die neue Stadtordnung ebenfalls im JHA thematisiert werden sollte. Herr Kolesnyk sichert seinerseits eine Kontaktaufnahme mit den entsprechenden Akteuren des Gremiums zu.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der Kita-Elternbeirat befürwortet die eventuelle Öffnung der Kitas in Potsdam und das Stufenkonzept der LHP. Sie kritisieren jedoch die Entwicklungen zum Ende des Jahres 2020. Dass die Entscheidungen innerhalb von anderthalb Wochen umgeworfen wurden, sei aus ihrer Sicht nicht berechtigt gewesen und unzulänglich begründet. Der KEB habe anschließend einen offenen Brief an die Stadtverwaltung und Politik geschickt. Im Nachgang habe es ein Gespräch zwischen zwei VertreterInnen des KEB sowie Frau Aubel, Frau Meier, Frau Dr. Böhm und Frau Schelle gegeben. Dies sei aus Sicht des KEB sehr zwiegespalten verlaufen. Anfang 2021 habe man gemeinsam mit 19 freien Trägern besprochen, was aus deren Sicht nötig sei, um in den sicheren Betrieb der Kitas zurückkehren zu können. Ein entsprechendes Statement wurde der Stadtverwaltung, dem Ministerium und der Landespolitik zur Verfügung gestellt.

Weiterhin äußert der KEB den Wunsch an den Krisenstab, dass bei Infektionsfällen in Kitas die komplette Kohorte getestet werden sollte.

Man befürworte das Angebot der Mittagsverpflegung für bedürftige Kinder zuhause während des Lockdowns.

Herr Witzsche führt abschließend aus, dass man im Namen des KEB ein detailliertes Gespräch bezüglich der Rückzahlungen der Elternbeiträge bei Hortträgern plane. 2019 wurde vermittelt, dass Horte von Ersatzschulträgern nicht betroffen seien, weil sie sich damals nicht an der EBO orientiert hätten. Jenen lag die EBO der Stadt Potsdam vor und sie hätte rechtlichen Bestand gehabt. Eltern hätten die Beiträge entsprechend der Tabelle entrichtet.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder 7.1 und Jugendlichen in Potsdam"

Vorlage: 20/SVV/1273

Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Aubel erklärt, dass die Drucksache verwaltungsseitig in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen wird, da eine Überarbeitung erfolgen wird.

zu 8 Sonstiges

Herr Kolesnyk weist alle Mitglieder daraufhin, dass man sich bei Berichten im JHA (Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII, Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat, Bericht des Kita-Elternbeirates) bitte auf die wesentlichen Ergebnisse beschränken sollte.

Frau Parthum wirbt für den „Chillwürfel“, mit Bastelanleitung zu finden unter <https://www.medienwerkstatt-potsdam.de/chillwuerfel/>.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: Do. 25.02.2021, 16.30Uhr, Videokonferenz,
Ort gem. § 9 BbgKomNotV – für die Öffentlichkeit noch nicht bekannt**

ENDE 19:30Uhr

Bericht AG HzE zum JHA am 21.01.2021

Stationär:

- Distanzlernsituation - zu den Aufgaben der Betreuung kommt die Aufgabe des Unterrichtens – es wurde bislang noch kein erhöhter Personalbedarf seitens des Kostenträgers anerkannt - es gibt hier und da Einzellösungen, aber alle Wohngruppen haben das gleiche Problem
- hohe Belastung unter den Kinder/Jugendlichen/Mitarbeitern besteht, da sich der Alltag hauptsächlich in den Häusern abspielt
- ein hoher Bedarf an Betreuung (zeitlich, emotional) muss abgedeckt werden
- die Beschulung kommt belastend dazu, bzw. haben wir einen hohen technischen Aufwand, da jede Schule ein anderes Model fährt und wir dazu Laptops usw. zulegen mussten
- Teststrategie wie Impfstrategie ist die stationäre Jugendhilfe nicht beachtet worden...ist zwar Landessache, kann hier aber auch kommunal Thema sein
- In dieser Zeit ein Praktikum als Erzieher*innen zu finden scheint schwer zu sein...wir machen bewusst mit Praktikant*innen weiter, obwohl es das Risiko einer Infektion erhöht, bzw. nutzen sie für die schulischen Aufgaben

- positiv viele Angebote die Online abgehalten werden.... Therapien bis hin zum Fußballverein

- für den sog. Distanzunterricht hat sich etwas bewegt Finanzierung von 5 Stunden pro Tag zusätzlich

Ambulant:

- FlexHilfen laufen weiter und wir haben unsere Mitarbeiter*innen angehalten, diese möglichst draußen stattfinden zu lassen. Allerdings hat dies beim aktuellen Wetter auch seine Grenzen
- die Kollegen in den Fällen beklagen jetzt schon über abgesagte Termine, teils weil die Klienten verunsichert sind und lieber über Telefon eine Beratung eingehen. Hat zur Folge, dass regelmäßige Termine oft nicht realisierbar sind.
- Quarantänefälle in der betreuten Familie, verhindert regelmäßige Terminabsprachen.
- Nachfrage der Sozialarbeiter nach Hilfen hat merklich nachgelassen, da sie wenig Präsenzarbeit leisten und aktuelle Bedarfe von Klienten nicht aufgenommen werden
- HPGs und andere notwendige Gespräche werden häufig nach hinten geschoben oder erst gar nicht realisiert.
- erhebliche Stundeneinbußen werden diesen Monat zu verzeichnen sein

- **dringend benötigt - Absprache mit dem JA, um bei solchen Situationen einen Ausgleichsmechanismus zu aktivieren (z.B. monatliche Abrechnung unter dem Durchschnitt – sollte die Möglichkeit bestehen, beim JA eine Pauschale zu beantragen)**
- **unter den momentanen Bedingungen werden die nächsten Wochen und Monate heftig und es wäre gut, wenn wir Absprachen hätten, die jeden Träger in die Lage versetzen, einen wirtschaftlichen Schaden abzuwenden und den Weiterbetrieb zu sichern**

- begleiteten Umgänge finden in Trägerräumen statt - insbesondere dann, wenn sie länger als 1 Stunde sind

- schwierig da vorhandene Hygienevorschriften
- Folge - nicht genügend räumliche Kapazitäten, um begleiteten Umgänge stattfinden zu lassen da wir sie auch nicht im elterlichen Umfeld stattfinden lassen können weil hier die Räume zumeist zu beengt sind
- Folge Anmietung externer Räume – hier entstehen Kosten, welche nicht kalkuliert sind
- BU – viele Ausfälle durch Quarantäne bzw. Sorge der beteiligten Eltern
- Mitarbeiter*innen werden die FFP2-Masken zur Verfügung gestellt - diese Kosten und die Kosten für die anderen Hygieneartikel (Desinfektionsmittel etc.) – keine Refinanzierung (die Kosten werden durch die eingesparten Fortbildung- und Supervisionsgelder nicht mehr aufgefangen – zumal diese in kleinen Gruppen weiter stattfinden

321
Hansche

15.02.2021

2301

Der kommunale Präventionsrat

Die Landeshauptstadt Potsdam hat für die Kommunale Kriminalprävention (KKP) am 11.02.2020 einen Präventionsrat gegründet. Hierfür wurde eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet, welche die Präventionsarbeit eines Lenkungsausschusses und von Facharbeitsgruppen strukturiert und Präventionsstrategien entwickelt. Die Geschäftsstelle ist im Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten (321) angesiedelt und seit dem 15.06.2020 mit einer Stelle besetzt.

Der Lenkungsausschuss, als Führungsinstanz des KKP, sieht seine Aufgabenfelder bzw. Aufgabenschwerpunkte in allen Gebieten der Kriminalprävention, wenn diese ein Tätigwerden des Gremiums erfordern. Von diesem werden relevante Themenbereiche und Handlungsfelder festgelegt, die Kriminalprävention ressortübergreifend in der Verwaltung der LHP integriert, Finanzmittel verteilt, politisch Verantwortliche informiert und beraten. Um eine Kontinuität der kriminalpräventiven Arbeit zu gewährleisten tagt der Lenkungsausschuss mindestens halbjährlich.

Den Vorsitz des Lenkungsausschusses, und damit des gesamten Präventionsrates, hat der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam übernommen. Als Verwaltungschef kann er Entscheidungen kriminalpräventiver Gremien ressortübergreifend in den Fachverwaltungen durchzusetzen und es wird eine enge Anbindung an die Stadtverordneten ermöglicht. Funktional obliegt dem Vorsitzenden in der Regel die Vertretung und Darstellung des Gremiums nach außen.

Vertreten wird der OBM von der Beigeordneten des Geschäftsbereiches Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit. Weitere Mitglieder sind die Leitung des Stabsbereichs Kriminalprävention des Polizeipräsidiums Potsdam, die Polizeiinspektion Potsdam, die Staatsanwaltschaft Potsdam sowie jeweils ein Vertreter der Geschäftsbereiche der Fachverwaltung.

Die Mitglieder des Lenkungsausschusses bringen zum einen Ihre eigene Fachexpertise sowie strategische Ausrichtungen ihrer Fachabteilung in die Kriminalprävention ein und können zum anderen die Ergebnisse und Darstellungen der Arbeitsgruppen in die Leitung des jeweiligen Ressorts einbringen und somit für die Leitungsarbeit effizient nutzbar machen.

Der entstehende Koordinationsbedarf zwischen dem Lenkungsausschuss, den Arbeitskreisen, dem Stadtteil bzw. Quartiersmanagement, den Vereinen und Institutionen wird durch die Geschäftsstelle Kommunaler Präventionsrat gewährleistet. Der Geschäftsstelle obliegen als Lenkungsgruppe administrative und inhaltliche Aufgaben, sie fungiert als Entscheidungsgremium für laufende Projekte im Rahmen der Vorgaben des Lenkungsausschusses und sie übernimmt die regelmäßige Berichterstattung zwischen den einzelnen Arbeitsebenen.

In der Landeshauptstadt Potsdam arbeiten eine Vielzahl von ehrenamtlichen und hauptberuflichen Akteuren auf dem Gebiet der Kriminalprävention. Dabei werden Strategien der primären Kriminalitätsvorbeugung (Ursachenorientierung und Nachhaltigkeit), als auch situative Ansätze (unmittelbare Wirkungen, leichtere Wirksamkeitsnachweise) genutzt.

Aufgabe des KKP ist es, die Vorteile diverser Ansätze zu erkennen, diese kohärent zu verbinden und das vorhandene Synergiepotential zu nutzen. Präventionsprojekte werden initiiert, entwickelt und gefördert. Durch den regelmäßigen Austausch mit den Präventionsräten anderer Städte und dem Landespräventionsrat des Landes Brandenburg werden Tendenzen in einer anderen Betrachtungsebene erkannt und analysiert. Dabei werden Erfahrungen ausgetauscht und es können innovative Projekte übertragen werden.

Als Koordinator staatlicher und nichtstaatlicher Kriminalprävention wird der KKP auf öffentlichen Veranstaltungen vertreten sein, den direkten Dialog mit den Bürgern suchen, deren Partizipation fördern und als kommunaler Ansprechpartner fungieren.

Die konkrete Präventionsarbeit wird in Arbeitskreisen geleistet, wodurch ein möglichst umfassender fachlicher Sachverstand eingebunden wird. Hier sollen Lösungsmöglichkeiten zu spezifischen orts- und themenbezogenen Problemfeldern erarbeitet und im Zusammenwirken mit der Bevölkerung umgesetzt werden. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppen gehören die Organisation und Durchführung von Projekten und themenbezogenen Aufgabenstellungen im Rahmen der Vorgaben der Lenkungsgruppe und des Präventionsrates, Problemanalyse und Erarbeitung von Lösungsansätzen, Sponsorsuche und projektbezogene Mittelbeschaffung, sowie die Vorstellung der Ergebnisse in der Lenkungsgruppe und im Präventionsrat. Derzeit sind vier permanente Arbeitsgruppen zu einzelnen Schwerpunktthemen geplant, die sich aus VertreterInnen verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen zusammensetzen. Je nach Bedarf wird es hier auch problembezogene temporäre Zusammenkünfte geben. Dabei wird eine Problemlage erkannt, eine Fachgruppe gebildet und gemeinsam über Lösungen beratschlagt. Als Ergebnis wird die Problemlage dann mit gemeinsamen Kräften und einer einheitlichen Strategie behoben.

Durch den Aufbau der einzelnen Gremien soll sichergestellt werden, dass einerseits ein möglichst großer Personenkreis von Fachverwaltungen, Institutionen, Vereinen etc. einbezogen, aber dennoch, durch eine enge personelle Begrenzung des eigentlichen Leitungsgremiums, eine effiziente Arbeit und Entscheidungsfindung gewährleistet wird. Eine frühzeitige Implementierung der Kriminalprävention als obligatorischem Planungsgegenstand im Zielbildungs-, Planungs- und Entscheidungsprozess der LHP ermöglicht finanzielle Einspareffekte.

Ziel des KKP ist es, mittel- bis langfristig das subjektive Sicherheitsgefühl in der LHP zu verbessern und letztendlich die Lebensqualität der Potsdamer Bürger und Bürgerinnen zu erhöhen. Dafür werden tatsächliche und subjektive Belastungslagen ermittelt, ereignisbezogen und problemorientiert Schwerpunkte abgeleitet und flexibel reagiert. Kriminalpräventive Ansätze und Strategien werden gesteuert und Projektträger gefördert. Tätigkeitsfelder von Akteuren der Prävention sollen vernetzt und aufeinander abgestimmt werden, um vorhandene Ressourcen effizienter und effektiver einzusetzen. Damit soll ein Beitrag zur gewaltfreien Atmosphäre geleistet werden, mit dem Ziel Kriminalität zu reduzieren und die Zivilcourage zu fördern.

Um Schwerpunkte festzulegen und die vorhandenen Ressourcen gezielt einbringen zu können, wird momentan die Erstellung einer kriminologischen Regionalanalyse vorangetrieben. Hierbei werden neben den geografischen Besonderheiten der einzelnen Stadtquartiere möglichst kleinräumig differenzierte Sozial- und Bevölkerungsdaten, Angaben über die registrierte Kriminalität (Kriminalstatistik), Erkenntnisse von Bevölkerungsbefragungen, justizielle Daten und Informationen über die Instanzen der Sozialkontrolle zusammengetragen und in Beziehung zueinander gesetzt.

Eine solche Analyse bildet einen sehr detaillierten Bericht über die aktuelle Situation Potsdams und lässt uns Schwerpunkte für die präventive und repressive Arbeit ermitteln. Momentan sind wir noch nicht in der Lage alle Probleme und Akteure, zu denen wir

Schnittstellen haben, im gleichen Maße zu fokussieren. Mit Hilfe der kriminologischen Regionalanalyse lassen sich Handlungsfelder objektiv ableiten und auch priorisieren, was einen großen Vorteil in der Bekämpfung der Kriminalität bringt.

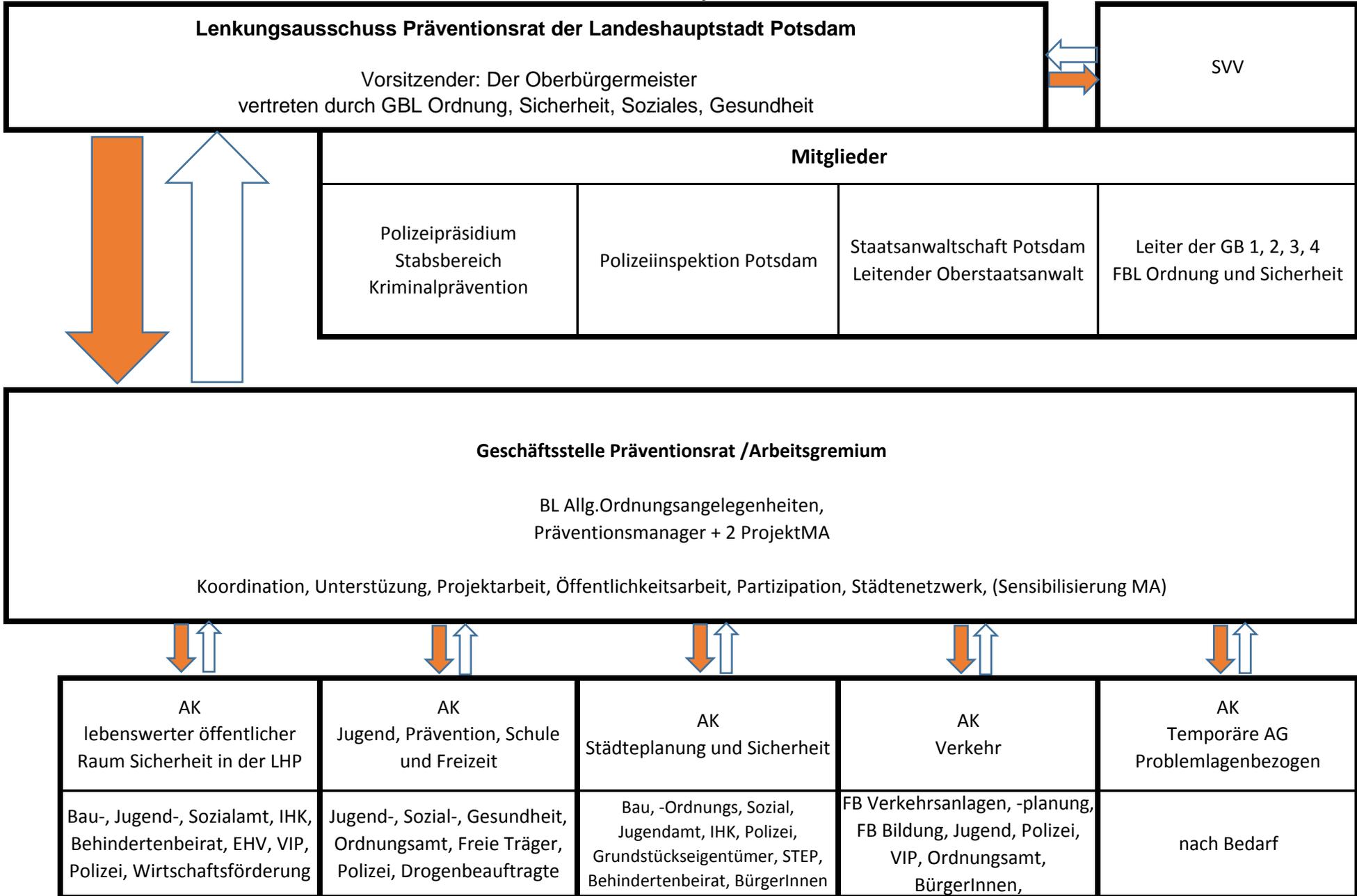
Eine kontinuierliche Fortschreibung ist dabei natürlich elementar und ermöglicht es uns, regelmäßig neu zu evaluieren und unsere Aktivitäten bestmöglich und zielgerichtet einzusetzen.

Kinder und Jugendliche nehmen in der Präventionsarbeit einen sehr wichtigen Platz ein. Deshalb möchten wir hier ansetzen und im Oktober des vergangenen Jahres wurde eine erste Arbeitsgruppe (AG Jugend) gebildet, in der wir uns mit den Konflikten und Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Themen dieser Arbeitsgruppe sind die Prävention vor Ort und Vorbeugung der Ursachen von Kriminalität und Gewalt, Alkohol- und Drogenkonsum, Beschaffungskriminalität und Mobbing/Cybermobbing. Die Geschäftsstelle des Präventionsrates fungiert hierbei als Koordinierungsstelle und Unterstützer diverser Jugendangebote vor Ort.

Weitere geplante Arbeitsgruppen werden im Laufe des nächsten Jahres zu den Themen „Lebenswerter öffentlicher Raum“, „Städteplanung und Sozialräume“ sowie „Verkehrssicherheit“ gegründet. Außerdem werden auch anlassbezogen temporäre Arbeitskreise einberufen.
werden.

Organigramm Präventionsrat Landeshauptstadt Potsdam



Zusammenfassung der Anregungen und fachlichen Hinweise zum besseren Umgang mit den Herausforderungen der aktuellen Pandemie in der JUGENDHILFE

Wichtige Schlussfolgerungen aus der ersten Lockdownphase 2020:

(Die Farben entsprechen einer Ampelbewertung: **in Umsetzung**, **im Prozess/ in Planung**, **nicht möglich**)

1. Eine **gute Kommunikation**, schnelle und regelmäßige Kontakte zwischen Verwaltung und freien Trägern bzw. auch Einrichtungen und Angeboten ist unabdingbar und erfolgt deutlich besser (inzwischen gibt es neue technische und auch Homeoffice-Lösungen).
2. Die **zwingend notwendige Kontaktdichte** sowie die Auslotung unbedingt **erforderlicher Dokumentationsanforderungen** müssen sich noch einpegeln. Eine **zuverlässige Kontaktaufnahme untereinander ist ausbaufähig**, aber **nicht „Rund-um-die-Uhr“ leistbar**.
3. **Regelmäßige Kommunikations-/ Kooperationsstrukturen** (z.B. durch Sprechzeiten) sollen und werden hier Sicherheit bringen.
4. Die übergreifende zügige Informationspolitik mit Anbietern und die anschließende **Öffentlichkeitsarbeit** für alle Bürger*innen/ Angebotsnutzern hat sich verbessert. Die **Ressourcen für dieses Thema sind auszubauen**.
5. Wünsche nach **Langfristigkeit** für die **Zeit von der Verabschiedung neuer Verordnungen bis zur Wirksamkeit** werden sich nicht erfüllen lassen, wenn es um pandemieeindämmende Strategien geht.
6. Die Einrichtungen arbeiten inzwischen alle mit **Hygienekonzepten**.
7. **Wichtige Erfordernisse für unsere Zielgruppen**, die in der Pandemie nicht an vorderster Stelle in politischen Abwägungsprozessen standen, sind deutlicher darzustellen und eindringlicher zu **kommunizieren**.
8. Bewährte **Unterstützungsvarianten** werden fortgesetzt (z.B. die Fortsetzung der **Mittagsversorgung** für Schüler*innen mit Anspruch auf kostenfreies Mittagessen).
9. Die strukturelevanten **Notbetreuungs**bedarfe wurden landesweit um die Unterstützung von **Kinderschutzfällen** durch Schulen erweitert.
10. In den **Kindertagesstätten** stellte Potsdam die **bescheidlose Betreuung von schutzbedürftigen Kindern** sicher.
11. Kommunal etablierten wir darüber hinaus die **sozialpädagogische Begleitung von Schüler*innen mit besonderen Bedarfen** durch die Jugendhilfe-Akteure der Schulsozial- und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Abstimmung und Kooperation mit den Schulleitungen.
12. Eine ansprechpartnerbezogene **Unterstützungsübersicht** (u.a. für Hilfe beim Homeschooling) wurde im November 2020 veröffentlicht.

Folgende konkrete Herausforderungen nehmen wir auf die Agenda:

1. Strategische Herausforderungen

- Die Jugendhilfe und die gesamte Stadt Potsdam ist ein **starker Lobbyist für** Belange von **Kindern, Jugendlichen und deren Eltern** und muss dies auch kraftvoller, öffentlicher und zielgerichteter kommunizieren! (z.B. persönliche Ansprache dazu durch den OBM)
- **Kinderschutz** muss noch **mehr in den Focus** rücken und präventiv bei politischen Entscheidungen besser berücksichtigt werden
- Erhalt und Schaffung von pädagogikfreien Flächen in der Stadt und damit Untermauerung des aktuellen **Kampfes um Freiräume für junge Menschen**
- Schlussfolgerungen für den Kita-Bereich sollen **im neuen Kita-Gesetz** bei jeglichen rechtlichen und pädagogischen Festlegungen **berücksichtigt** werden
- Eine **digitale Übersichtsseite** über alle Angebote und Ansprechpartner*innen für Kinder, Jugendliche und Familien (war bereits vor der Pandemie gewünscht und ist in Arbeit)

2. Konzeptionelle, technische, vertragliche Herausforderungen

- **Flexiblerer Einsatz** des Jugendhilfe**personals** in Ausnahmesituationen ist zu planen und vertraglich bzw. konzeptionell zu autorisieren.
- **Personalressourcen für IT und Öffentlichkeitsarbeit** sind zu schaffen (vor allem hinsichtlich der schnell wechselnden Formaten/Medien, über die man junge Menschen erreicht)
- Neben **technischen Rahmenbedingungen** sind **Schulungen** für die neuen Formate notwendig
- **Kommunikationsrituale** festlegen (Bsp. Telefonsprechzeiten, Video-Beratungen)
- Konzeptentwicklungen/-fortschreibungen nutzen und aktuelle **Kooperationen verstetigen** (bspw. Kooperation SSA mit Hort und Schulleitung mit Offener Kinder- und Jugendarbeit)
- **Flexiblere Finanzierungen** ermöglichen spontan auftretende sächliche Erfordernisse zu bedienen (Aktuell sind das z.B. Testungen der Kolleg*innen)
- **Nachbarschaftstreffs benötigen gutes Verweisungswissen**, um in Krisenberatungen gezielt zu vermitteln (wie macht jeder in der Jugendhilfe auch dahin seine Öffentlichkeitsarbeit?)
- **Beratungen zum Thema Kinderschutz** auch für die Nachbarschaftstreffs anbieten

3. Aktuell pandemiebezogene Anforderungen

- **Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche** gut beobachten und auffangen (ggf. sind umfangreichere **Beratungsbedarfe** zu identifizieren und Lösungen zu entwickeln)
- Vorausschauend die **Familien** - gerade auch in Ausnahmesituationen - **unterstützen** (Essenslieferung, technische Ausstattung, Ansprechpartner*innen)
- **Flexiblere Nutzung von Räumen** unkompliziert ermöglichen (z.B. um Hygienestandards einhalten zu können)
- **Angleichungen** von **Maßnahmen zwischen Schule und Hort** sind zwingend notwendig (z.B. geplanter Erzieher Schnelltest – Lehrer bekommen den nicht?)
- Aktuell muss der **Pandemiestab** der Kommune (Gesundheitsamt) alles **gut mit** den **Landesvorgaben abstimmen**
- Innerhalb der gesamten Jugendhilfe sollen **alle Felder gleichwertig** Beachtung finden (auch die, die nicht so stark in der Öffentlichkeit stehen, wie z.B. Hilfe zur Erziehung)
- **Angebote der Familienbildung** (§ 16 SGB VIII) bei Bedarf **etablieren**, denn viele Familien sind überfordert, ausgebrannt, erschöpft (kurzfristig beobachten: Brauchen Familienzentren, Horte, KITAS, Beratungsstellen zusätzliche Kapazitäten?)

Grundsätzlich war von allen Akteuren in der Jugendhilfe eine sehr große Flexibilität, Geduld, Zuverlässigkeit und ein besonders intensives Engagement nötig, um die erlebten neuen (z.T. nicht vorhersehbaren) Situationen zu meistern. Dies ist der großen Mehrzahl an Akteuren gelungen! Dafür ein herzlichstes Dankeschön!